

Überzeugend Antwort auf Grundfragen unserer Zeit geben

Erfahrungen der Agitationsarbeit der GO Wirtschaftswissenschaften

Wie überall in unserem Land, so auch in den politischen Gremien der Partei-, FDJ- und Gewerkschaftsgruppen unserer Grundorganisation die sowjetische Friedensinitiative ein breites Echo. Wir schätzen, daß in allen Gruppen die sowjetische Friedensinitiative ausnahmslos unterstützt und steigend davon gerührt wurde, auf Grundfragen des internationalen Kräfteverhältnisses Antwort zu geben. Der Grundorganisationsleitung geht es u. a. darum, die politischen Gespräche, in Verbindung mit der Unterzeichnung der Willenserklärung der Bürger unserer Republik, jeden Genossen, aber auch alle parteilosen Jugendlichen und Kollegen mit unserer Überzeugend Argumentation zu erreichen. Um diesen Prozess zu unterstützen und zu forcieren, unterstützen wir die folgenden Maßnahmen der GOL:

der letzten 30 Jahre wurden vom Imperialismus über 100 Kriege angezettelt.

In allen Arbeitsgremien haben die imperialistischen Staaten, insbesondere die NATO-Staaten, die Vorschläge der sozialistischen Länder, die selbst zu den radikalsten Abrüstungsmaßnahmen bereit waren, torpediert und gelähmt. Im Gegenteil, sie verstärken, entgegen den Zielen der Verhandlungen, ihre Streitkräfte und Rüstungen. Sie führen neue barbarische Waffen ein, deren Rohre eindeutig auf die sozialistische Staatengemeinschaft, besonders die Sowjetunion, gerichtet sind. Ihr Ziel ist es, durch das forcierte Wettrüsten das bestehende militärische Gleichgewicht einseitig zugunsten des Imperialismus, zugunsten der NATO, zu verändern, die sozialistischen Länder ebenfalls zur Höchstleistung zu zwingen, zur Ausgabe riesiger Mittel, um damit zu versuchen, die imperialistischen Länder an der Fortführung ihrer erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu hindern.

wir konsequent die Politik unserer Partei in Wort und Tat.

Zweitens: Die Agitationsarbeit der GOL wird unterstützt durch die Genossen Seminarleiter, Studienjahrleiter und Seminarleiter, die in der Lehre das politische Gespräch fortführen, und anhand der konkreten Aufgaben in Lehre und Forschung und in Zusammenhang mit der Friedensinitiative verspricht auf den Leistungszuwachs orientieren.

Drittens: In den FDJ-Mitgliederversammlungen im Monat November unterstützen unsere Jugendlichen die Willenserklärung der Bürger der DDR.

An diesen Versammlungen nahmen erfahrene Genossen unserer Grundorganisation teil, die in den FDJ-Gruppen auftraten.

Viertens: Die Genossen unserer Grundorganisation wurden auch im Territorium ihrer hohen politischen Verantwortung gerecht. Ausgestattet mit den guten und tiefgründigen Argumenten unserer Partei unterstützen sie die Arbeit der Wohnparteiorganisationen und der Nationalen Front bei der Unterzeichnung der Willenserklärung. Durch Beiträge in der Bezirkspresse über Probleme der Abrüstung, Analysen zur Rüstungspolitik der NATO helfen sie, den Bürgern die Bedeutung der Friedensinitiative in der gegenwärtigen internationalen Situation zu erläutern.

Zusatz: Die sowjetische Friedensinitiative steht im Mittelpunkt der politischen Gespräche, der aktuellsten Informationen in den Partei-, FDJ- und Gewerkschaftsgruppen. Die Parteileitung orientiert sich darauf, die ganze Tragweite der sowjetischen Vorschläge zu erfassen und keine Verharmlosung zuzulassen.

Es geht insbesondere darum, zu betonen, daß mit der Einführung der Mittelstreckenraketen im NATO-Bereich eine neue Phase des Wettrüstens mit unabsehbaren politischen, ökonomischen und militärischen Folgen eingeleitet wurde. Im Zentrum dieser Situation kommt der politischen Friedensinitiative eine besondere Bedeutung zu. Sie wird in der Situation vorgetragen, da die Welt an einem Scheideweg beim Kampf um die Sicherung des Friedens steht.

Bei legen wir besonders Wert auf folgende Argumente und Grundüberlegungen:

Der Kampf um Frieden, um die Unterbrechung der friedlichen Kooperation im Zusammenleben der Völker, ist in den letzten 30 Jahren von den imperialistischen Ländern über 100 Abrüstungsvorschläge gemacht.

Die Sowjetunion ist seit ihrem Beginn aktiver Vorkämpfer für die Unterbrechung des Friedens. Mit dem Beginn der aktiven Kampf um den Frieden, dessen jetziger Höhepunkt die Berliner Vorschläge des Genossen L. I. Breschnew sind.

Auch wenn durch die politischen, ökonomischen und militärischen Veränderungen des imperialistischen Weltsystems eine Wendung in der internationalen Lage zu erwarten ist, so ist ein aggressives Wesen nicht absehbar. Beispiel: Im Zeitraum

— Aus diesem Grunde über geht es auch in den politischen Gesprächen, nicht abschließend darum, die sowjetische Friedensinitiative zu begrüßen, sondern es geht um die aktive Unterstützung der Friedenspolitik. Wenn wir mit neuen Initiativen den Leistungszuwachs in allen Bereichen unserer Volkswirtschaft, und für uns speziell in Lehre, Forschung und Erziehung erhöhen, wenn wir die Potenzen und Möglichkeiten aller nutzen, erst dann unterstützen



Das Kolloquium anlässlich des 100. Geburtstages von Eugen Varga gab auch zahlreiche Anregungen für die propägedistische Arbeit der Genossen der GO Wirtschaftswissenschaften. Foto: HFBS/Molsberger

Das Wettrüsten hat heute gigantische finanzielle Ausmaße angenommen, 400 Mrd. Dollar dafür jährlich ausgegeben. Bereits gibt es noch 800 Milliarden in der Entwicklung und eine halbe Milliarde Menschen leiden an Krankheit und Hunger in den Staaten Lateinamerika, Afrikas und Lateinamerikas. Für 100 Mrd. Dollar könnten Düngemittelfabriken, Wasserkraftwerke (120 000 Mio Dollar könnte die Macht in der ganzen Welt ausgerollt werden, das ist weniger als die Hälfte der Summe, die der Welt das Wettrüsten jährlich kostet, 8 Mrd. Dollar wären notwendig, um die Entwicklungsländer, in denen heute ein Hunger und die Bevölkerung hungert, mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Zahlen ließen sich endlos fortsetzen. Tatsache ist, daß durch diese ständig steigenden Ausgaben sowohl der Frieden bedroht wird als auch die Entwicklungsländer, Mittel für die Entwicklung entzogen werden.

Die imperialistischen Staaten gehen davon aus, daß einer der effektivsten und praktischsten Wege zur Einstellung der Wettrüsten die Reduzierung der Militärausgaben ist. Die imperialistischen Länder sind bereit, über die Lösung dieser großen Aufgabe, die Reduzierung der Militärausgaben zu gleichen Teilen in Prozenten oder in absoluten Größenordnungen zu verhandeln (...). Die Realisierung dieser Maßnahme würde nur in dem Maße das Wettrüsten einschränken, sondern

auch große Mittel für friedliche Zwecke freisetzen — für die Entwicklung von Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Volksbildung, zur Verstärkung der Hilfe für die Entwicklungsländer im Interesse der Beschleunigung ihrer ökonomischen und sozialen Entwicklung (für den Umweltschutz). Diese Position ist in der 1978 verabschiedeten Deklaration der Warschauer

Vertragsstaaten verankert. Bereits 1973 hatte die UdSSR auf der 38. UNO-Vollversammlung in dieser Hinsicht die Initiative ergriffen und einen Vorschlag zur Reduzierung der Militärausgaben der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates um 10 Prozent und die Nutzung eines Teils der eingesparten Mittel für die Unterstützung der Entwicklungsländer unterbreitet. Die imperialistischen Großmächte einschließlich Chinas nahmen sofort Kurs auf eine Verschleppung der Resolution und versuchten, Fragen der Definition des Terminus „Militärbudgets“, vergleichende Struktur-

analysen des Budgets einzelner Länder und andere technische Fragen in den Vordergrund zu schieben. Dennoch blieb das Problem natürlich aktuell.

In ihrem umfassenden Memorandum zur Abrüstung, das die Sowjetregierung 1976 der UNO unterbreitete, wird daher im Punkt 8 wieder-

um die „Kürzung der Militärbudgets“ vorgeschlagen. Dabei zeigte sich die UdSSR bereit, hinsichtlich der konkreten Höhe der Reduzierungen eine flexible Haltung einzunehmen, d.h. sowohl mehr als auch weniger als 10 Prozent zu kürzen. „Es ist jedoch wichtig“, so heißt es, „diese Frage rascher zum Gegenstand von Sachverhandlungen zwischen den interessierten Staaten zu machen. Man kann und muß darum ringen, daß das jetzige Wachstum der Militärausgaben dieser Staaten von der Praxis einer systematischen Verringerung abgelöst wird.“

Für eine Reduzierung der Militärbudgets!

Eine aktuelle Betrachtung zum Wettrüsten von Dr. Falko Ratz, IIS

Die langfristige Auswertung der 10. Tagung des ZK der SED setzte die Forschungsgruppe „Charakteristik sozialistischer Produktionsverhältnisse“ im VEB „Otto Grotewohl“ Böhlen fort. Die Forschungsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. sc. Jürgen Becher, FMI, hatte aktuelle politökonomische und wirtschaftspolitische Fragen auf die Tagesordnung gesetzt.

Ergebnisse der erreichten und politökonomischen Aspekte der künftigen Akkumulations- und Investitionspolitik im Prozess der intensiv erweiterten Reproduktion der Volkswirtschaft der DDR wurden auf der Grundlage der von Dr. Loth, Sektion M/L, vorgelegten Thesen „Das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und das sozialistische Akkumulationsgesetz — ihre komplexe Wirkung und Ausnutzung“ diskutiert.

Das von Dr. Lünser, FMI, vorgelegte Material zur Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms in der DDR vermittelte einen guten Überblick zu Stand und Größe der bis 1990 zu lösenden Aufgaben. Zu ausgewählten Problemen der Analyse und der Perspektive der Energiewirtschaft, dargestellt am Beispiel der Aufgaben in der chemischen Industrie zur Stabilisierung der Laborchemie, referierte Volkswirtschafts-

Forschungsgruppe beriet in Böhlen

abgeordneter Dr. Klepel, Direktor des WZ für Laborchemie im Kombinat „Otto Grotewohl“, Anknüpfend an diese Darlegungen wurden Fragen u. a. zur Weltenergiewirtschaft, zur Spezifik der gegenwärtigen und künftigen Energieträgerstruktur der DDR diskutiert und auf die ökonomischen Erfordernisse der Reduzierung des hohen Eigenverbrauchs an Kohle und Energie in den Kraftwerken und Bräunstoffabriken, aber auch zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs Bezug genommen.

Über den erreichten Stand der auf dem IX. Parteitag der SED beschlossenen Einführung der Grundlöhne für Produktionsarbeiter und über die Verwirklichung leistungsabhängiger Gehälter für Hoch- und Fachschulakademiker sowie Meister und die erzielten Ergebnisse und Erfahrungen bei der Anwendung der Schwedter Initiative „Weniger produzieren mehr“ im VEB „Otto Grotewohl“ berichtete der Leiter der HA Arbeit und Lohn, Dr. Grünerl.

Der Forschungsgruppenleiter Prof. Becher sprach zum Beschluß des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR vom Juli 1979 „Über die Verbesserung der Planung und die verstärkte Einwirkung des Wirtschaftsmechanismus auf die Erhöhung der Effektivität der Produktion und der Qualität der Arbeit“. Dabei stellte er konkrete Maßnahmen des Beschlusses in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Dazu gehörten z. B. das neue System der Punktziffern, eine weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, die verstärkte Rolle der ökonomischen Stimulierung.

Günter Herrmann

Der Tip für die Parteigruppe

Für die Parteiarbeit im Dezember, von L.-D. Behrendt, Sekretär, GO Geschichte

Aus meiner Sicht ergeben sich für die Parteigruppenarbeit im Dezember zwei Schwerpunkte:

Zum einen sollten die Parteigruppenorganisatoren und ihre Stellvertreter gemeinsam mit den neugewählten FDJ-Gruppenleitern bzw. Gewerkschaftsvertrauensleuten die Grundlinien der politisch-ideologischen Arbeit in dem jeweiligen Studien- bzw. Arbeitskollektiv beraten und abstimmen. Das betrifft z. B. auch die konkrete Hilfe der Parteigruppenorganisatoren, die neugewählten FDJ- und Gewerkschaftsfunktionäre zu regelmäßigen politisch-ideologischen Einschätzungen in ihren Kollektiven zu befähigen. Aber auch solche politisch-organisatorischen Fragen wie das Finden eines festen Termins für die monatliche FDJ- und Gewerkschaftsversammlungen, das Abstimmen der jeweiligen Versammlung zwischen Partei-, FDJ-

Gewerkschaftsgruppen gehören dazu.

Zum zweiten möchte ich die Parteigruppen darauf hinweisen, daß ausgenutzt von den Erfahrungen der vergangenen Jahre im Dezember damit zu rechnen ist, daß das Zentralkomitee unserer Partei beraten wird. Es wird deshalb Aufgabe der Parteigruppenorganisatoren und ihrer Stellvertreter sein, schnell den ersten Meinungsaustausch zu den veröffentlichten Dokumenten zu organisieren, konkrete Maßnahmen in der Parteigruppe für eine zügige und umfassende Auswertung festzulegen. Auch hier sollte eine Abstimmung mit den FDJ- und Gewerkschaftsgruppen erfolgen.

Dabei sollte man die gesamte Palette der Möglichkeiten wie Versammlungen, aktuel-politische Gespräche, das Parteijahr, Foren, Klubveranstaltungen usw. planen und nutzen.

UZ stellt bewährte PO vor:

Gerd Pippig, GO Mathematik

Einer, der sich mit Einwänden auseinander- und nicht darüber hinwegsetzt



Ganz kurzfristig war er verhindert, mußte an einer Nachprüfung eines Physikkollegen teilnehmen. Hatte er nicht die Möglichkeit dargestellt, um die in drei verschiedenen Arbeitsgruppen tätigen parteilosen Kollegen zu erreichen. „Das setzt natürlich voraus, daß wir nicht nur über soziale Belange oder Kultur diskutieren, sondern auch politische Probleme ansprechen“, bemerkt er. Zug nächsten Parteigruppenversammlung werden die Genossen deshalb die neugewählten Gewerkschaftsfunktionäre einladen, um mit ihnen gemeinsam über die Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit zu beraten.

Die 30 Mitglieder seiner Parteigruppe, darunter Professoren und Forschungsstudenten, Doktoren und Assistenten aus den Arbeitsgruppen Quantenfeldtheorie und Festkörpertheorie, bestätigen mir das. Eine Portion Selbstvertrauen gehört sicher dazu, denke ich mir da, als Assistent zu einem Genossen Professor zu gehen und die Forderungen der Partei zu vertreten, Genosse Pippig macht es, wissend, daß hinter ihm die Genossen stehen.

„Diese Parteigruppe wartet nicht, bis die Aufgabe kommt, sie entwickelt Eigeninitiative“, berichtet Genosse Prof. J. Rantl, GO-Sekretär der Sektion Physik. „Es gibt keine Versammlung, auf der nicht aktuellpolitische Fragen diskutiert werden“, ergänzt Genosse Prof. A. Uhlmann. „Unsere Reaktion auf die Willenserklärung“, Genosse Lautenschläger braucht nicht lange zu zögern: „Am darauffolgenden Montag fand unsere Gewerkschaftswahl statt. Bereits dort haben wir aufwendende Fragen diskutiert und unsere Zustimmung zu dieser Initiative ausgedrückt.“

Ob denn ein Kollektiv mit so vielen erfahrenen, in Funktionen gerufenen, alten Genossen überhaupt noch „Kampffelder“ kennenprovozieren ich den PO Gerd Pippig.

„Eines unserer Sorgenkinder“ ist die Gewerkschaftsarbeit“, konstatiert der 37jährige. „Ein Ausdruckszeichen setzte die Haltung vieler Mitarbeiter, auch einiger Genossen, die, wenn sie zu sehr eingespannt waren, den Termin der Gewerkschaftsversammlung einfach strichen und dies keinesfalls bedauerten. Wir haben über dieses Problem bereits mehrfach in den Parteigruppenversammlungen gesprochen. In Zukunft werden wir uns wohl direkter mit den „Sündern“ auseinandersetzen.“

„Oft diskutieren wir in der Parteigruppe Probleme der Erziehung und Ausbildung der Studenten, tauschen unsere Erfahrungen aus, geben einander Ratschläge. Dabei herrscht eine sehr offene und kritische Atmosphäre, die ich als die Grundvoraussetzung zur Lösung aller Probleme betrachte“, konstatiert Genosse Pippig.

Er möchte den zukünftigen Physikern auch politische Standfestigkeit mit auf den Weg geben. Deshalb geht er zu den Studenten, sucht mit ihnen, wie auch mit seinen parteilosen Kollegen, das persönliche Gespräch, diskutiert mit ihnen, wenn sie ihr Stipendium holen oder er sie beim Frühstück trifft. Er diskutiert gern, ist dabei konsequent, vertritt eine klare Meinung und einen festen Standpunkt. Einwände sind für ihn nicht zum Darüberhinwegsetzen da, er versucht vielmehr, sich mit ihnen auseinanderzusetzen, argumentiert lieber zu viel als zu wenig. „Ich versuche, auf alle Fragen eine Antwort zu finden“, meint Genosse Pippig dazu und: „meine persönliche Meinung zu äußern, keine Standardformulierungen zu wiederholen.“

„Nie hat man den Eindruck, daß er blüht“, gibt Prof. Uhlmann der Meinung seiner Genossen Ausdruck. „Jeder weiß genau, daß er das sagt, was er denkt, und das ist die Meinung der Partei.“

Steffi Hunger